



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 10. Oktober 2025 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

in politisch dichten Wochen ist es wichtig, Orientierung zu geben. Die zurückliegende Sitzungswoche war ein Beispiel dafür, wie Parlament und Koalition gleichermaßen handlungsfähig sind – und Verantwortung übernehmen: Der Koalitionsausschuss hat zentrale Weichen gestellt – vom Rekordinvestitionsprogramm in die Verkehrsinfrastruktur über die Neuordnung der Grundversicherung bis hin zur Stärkung der Altersvorsorge. Die Arbeitskoalition zeigt: Es geht voran, Schritt für Schritt.

Gleichzeitig wurde deutlich, wo klare Kante gefragt ist: Mit der sogenannten „Chatkontrolle“ steht derzeit ein europäisches Gesetzesvorhaben zur Diskussion, das auch im Hochtaunuskreis viele Menschen beunruhigt. Ich teile diese Sorgen. Für mich und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gilt: Es darf keine anlasslose Kontrolle privater digitaler Kommunikation geben. Starke Verschlüsselung schützt unsere Freiheit – sie bleibt unverhandelbar.

Eine andere Debatte konnte in dieser Woche erfolgreich abgeschlossen werden: Die von der Ampel beschlossene „Turbo-Einbürgerung“ ist vom Tisch.

Statt vorschneller Pässe ohne echte Integration setzen wir wieder auf klare Voraussetzungen, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Ein wichtiger Erfolg für die Union – und ein klares Bekenntnis zu verantwortungsvoller Einwanderungspolitik.

Den „Turbo“ haben wir dafür an anderer Stelle gezündet: Mit dem beschlossenen Bau-Beschleunigungsgesetz schaffen wir mehr Spielraum für Wohnraum, Kitas und Schulen. Kommunen können künftig schneller Baurecht schaffen und gezielter sozialen Wohnungsbau fördern. Das ist pragmatische Politik, die ankommt.

Und während wir national entscheiden, richtet sich unser Blick auch auf die Welt: Der von der US-Regierung vorgelegte 20-Punkte-Plan zur Befriedung Gazas verdient ernsthafte Prüfung. Er verbindet Sicherheit, Wiederaufbau und Perspektiven für Palästinenser – und fordert die Hamas endlich zur Aufgabe ihrer Gewalt auf. Die Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten darf nicht weichen – sie braucht realistische Wege und internationalen Druck.

Herzlich,

Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Koalition will mehr Sicherheit, Wachstum und soziale Balance**
- **Keine Chatkontrolle ohne Maß!**
- **Wir zünden den „Bau-Turbo“!**
- **Im Gespräch mit Ärzten ohne Grenzen**

## Koalition will mehr Sicherheit, Wachstum und soziale Balance.

**B**eim Koalitionsausschuss Anfang Oktober hat sich die Arbeitskoalition aus CDU/CSU und SPD auf ein umfangreiches Maßnahmenpaket verständigt, das zentrale Herausforderungen unseres Landes adressiert. Im Fokus: wirtschaftliche Stärkung, sozialer Ausgleich und eine zukunftsfähige Infrastruktur.

So wird das Investitionsniveau in Infrastruktur nochmals gesteigert – insbesondere bei Schiene, Straße, Wasserstraße und Digitalisierung. Die Kommunen erhalten mehr Unterstützung bei der Unterbringung Geflüchteter, das Bürgergeld wird reformiert und stärker auf Eigenverantwortung ausgerichtet, und die Grundsicherung im Alter wird für langjährig Versicherte verbessert.

Im Bereich Energie wird der Ausbau von Wasserstoffprojekten weiter forciert. Auch steuerliche Entlastungen kommen: Mit der Absenkung der Körperschaftsteuer ab 2028, der Fortsetzung des Investitionsboosters und der Stromsteuersenkung werden gezielt Impulse für den Mittelstand und das produzierende Gewerbe gesetzt.

Darüber hinaus wird das Thema Generationengerechtigkeit adressiert: durch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, den Abbau überholter Subventionen und eine klare Überprüfung staatlicher Leistungen.

***Standpunkt:** Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses zeigen: Diese Koalition liefert – mit Verantwortung, Augenmaß und klarer Prioritätensetzung. In einer Zeit multipler Krisen ist es entscheidend, nicht nur zu reagieren, sondern verlässlich zu gestalten.*

*Besonders wichtig ist mir, dass wir in der Sozialpolitik nicht länger falsche Anreize setzen: Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten – das Prinzip der Eigenverantwortung kommt mit der Bürgergeldreform endlich wieder stärker zur Geltung. Gleichzeitig zeigen wir Herz, wo Hilfe nötig ist – etwa mit Verbesserungen in der Grundsicherung im Alter.*

*Ob wirtschaftliche Stabilität, gesellschaftlicher Zusammenhalt oder internationale Handlungsfähigkeit: Dieser Koalitionsausschuss ist ein starkes Signal, dass wir als Union Verantwortung übernehmen – nicht nur mit Worten, sondern mit konkretem Handeln. •*

## Keine Chatkontrolle ohne Maß!

**D**ie Europäische Kommission hat mit ihrem Verordnungsvorschlag zur „Chatkontrolle“ ein hoch umstrittenes Vorhaben angestoßen. Ziel ist es, die Verbreitung von Darstellungen sexualisierter Gewalt an Kindern im Internet besser zu bekämpfen – auch über verschlüsselte Kommunikationskanäle hinweg.

Der Vorschlag sieht unter anderem vor, Diensteanbieter zu verpflichten, auf richterliche Anordnung auch private Nachrichten auf mögliche strafbare Inhalte zu durchsuchen („Client-Side-Scanning“).

Kritiker – darunter Bürgerrechtsorganisationen, IT-Experten und Datenschutzbeauftragte – warnen eindringlich vor einem tiefen Eingriff in die digitale Privatsphäre aller Nutzerinnen und Nutzer. Denn durch eine systematische Durchleuchtung privater Kommunikation könnten auch unverdächtige Bürgerinnen und Bürger betroffen sein. In Deutschland hat sich die Diskussion mittlerweile auch im Bundestag und in vielen Wahlkreisen intensiviert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deutlich gemacht, dass sie den Kampf gegen Kindesmissbrauch und dessen digitale Verbreitung ausdrücklich unterstützt – zugleich aber klare rote Linien zieht: Es darf keine anlasslose und flächendeckende Überwachung privater Kommunikation geben. Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat sich inzwischen gegen den ursprünglichen Vorschlag ausgesprochen.

**Standpunkt:** *Die Debatte um die sogenannte „Chatkontrolle“ berührt einen Kernbereich unseres freiheitlichen Gemeinwesens: den Schutz der privaten Kommunikation. Als Union ist für uns klar: Starke Verschlüsselung schützt unsere Freiheit – und darf nicht durch die Hintertür ausgehebelt werden. Die flächendeckende Kontrolle privater Nachrichten wäre ein unverhältnismäßiger Eingriff, der weder mit unserem Rechtsstaat noch mit dem Grundrecht auf digitale Selbstbestimmung vereinbar ist.*

*Klar ist aber auch: Kindesmissbrauch im Netz muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden – mit mehr Personal, moderner Technik und internationaler Zusammenarbeit. Was wir brauchen, ist gezielte Strafverfolgung statt Generalüberwachung. Die Union steht für eine Sicherheitspolitik, die unsere Grundrechte schützt – und nicht infrage stellt. •*

## Neuausrichtung beim Einbürgerungsrecht.

Die von der Ampelkoalition eingeführte Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – oft als „Turbo-Einbürgerung“ kritisiert – hatte für erhebliche Verunsicherung und Unmut in der Bevölkerung gesorgt. Das Gesetz sah unter anderem vor, dass die deutsche Staatsbürgerschaft bereits nach fünf Jahren Aufenthaltsdauer, in besonderen Fällen sogar nach drei Jahren, erworben werden konnte – auch ohne ausreichende Integrationsnachweise wie Sprachkenntnisse oder Erwerbsbiografie. Gleichzeitig war die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit nicht mehr erforderlich.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte von Beginn an vor den Folgen gewarnt: Die Absenkung zentraler Einbürgerungskriterien schwächt den Integrationsgedanken und entwertet die deutsche Staatsangehörigkeit als Ausdruck gelungener Teilhabe und Identifikation.

Nach anhaltendem öffentlichen Druck und klarer Kritik aus den Ländern wurde das Gesetz nun zurückgenommen.

Damit kehrt Deutschland zur bewährten Linie zurück: Wer Deutsche oder Deutscher werden möchte, muss dauerhaft in unserer Gesellschaft angekommen sein – durch Sprachkompetenz, rechtsstaatliches Verhalten, finanzielle Eigenverantwortung und die klare Anerkennung unserer Werteordnung.

**Standpunkt:** Die Rücknahme der überstürzten „Turbo-Einbürgerung“ ist ein Erfolg für alle, die Integration ernst nehmen. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist kein Verwaltungsvorgang, sondern ein Bekenntnis zu unserem Land, seinen Werten und seiner Rechtsordnung. Deshalb braucht es klare Kriterien, Verlässlichkeit und das Prinzip: erst Integration, dann Einbürgerung.

Als Union setzen wir uns für eine verantwortungsvolle Einwanderungs- und Integrationspolitik ein, die Chancen schafft – aber auch Erwartungen formuliert. Wir wollen Zugehörigkeit ermöglichen, aber nicht verschenken. Nur so bleibt die Staatsbürgerschaft das, was sie sein soll: Ausdruck gemeinsamer Identität und tragfähiger Zusammenhalt in einer offenen, demokratischen Gesellschaft. •

## Wir zünden den „Bau-Turbo“.

Der Bundestag hat in dieser Woche das „Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung“ verabschiedet. Ziel ist es, Kommunen mehr Handlungsspielraum zu geben, um schneller Baurecht zu schaffen – insbesondere für dringend

benötigten Wohnraum, aber auch für soziale Infrastruktur wie Kitas, Schulen oder Stadtteilzentren.

Kern des Gesetzes ist die Möglichkeit, in bestimmten Fällen vom regulären Bauplanungsrecht abzuweichen, um Verfahren deutlich zu beschleunigen. Anstelle jahrelanger Bebauungsplanverfahren können Gemeinden künftig innerhalb von drei Monaten zustimmen – etwa für die Aufstockung bestehender Gebäude oder die Bebauung innerstädtischer Brachen. Gleichzeitig wird der Umweltschutz gestärkt, um bezahlbaren Wohnraum besser zu sichern.

Ergänzt wird das Gesetz durch ein angekündigtes „Umsetzungslabor“, das Kommunen mit Praxiswissen und Leitfäden unterstützen soll. Die Bundesbauministerin spricht von einem „neuen, mutigen Instrument“ für moderne Stadtentwicklung.

**Standpunkt:** Der „Bau-Turbo“ ist kein Allheilmittel – aber ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung. Wer schneller bauen will, muss Bürokratie abbauen, Verfahren vereinfachen und Verantwortung vor Ort stärken. Gerade für Kommunen im Ballungsraum ist Zeit ein entscheidender Faktor – hier zählen Monate, nicht Jahre.

Als Union begrüßen wir, dass der Fokus auf pragmatischen Lösungen liegt. Wichtig ist, dass dabei Rechtsstaatlichkeit und Beteiligung gewahrt bleiben, etwa durch transparente Verfahren und soziale Ausgewogenheit. Bauen muss nicht nur schneller werden, sondern auch klug und nachhaltig sein.

*Die Schaffung von Wohnraum ist eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit. Mit dem „Bauturbo“ liegt nun ein Instrument auf dem Tisch, das nicht theoretisch, sondern praktisch ansetzt – und damit echten Fortschritt ermöglichen kann. •*

## Im Gespräch mit Ärzten ohne Grenzen

In dieser Sitzungswoche hatte ich die Gelegenheit, im Deutschen Bundestag Jutta Nagel und Lara Dovifat von Ärzten ohne Grenzen zu empfangen. Die politisch unabhängige, internationale Hilfsorganisation hat sich mit mir zur dramatischen humanitären Krise im Sudan ausgetauscht.

Ärzte ohne Grenzen leistet weltweit medizinische Nothilfe, vor allem in Konflikt- und Epidemiegebieten ohne grundlegende Versorgung für die Zivilisten.

Der seit April 2023 andauernde Bürgerkrieg im Sudan gerät oft aus dem Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Besonders die Zivilbevölkerung leidet, da beide Kriegsparteien das Leid gezielt als Kriegswaffe nutzen.

Millionen Menschen leiden unter Hunger, haben keinen Zugang zu sauberem Wasser und es fehlt ihnen an grundlegenden Hygienebedingungen. Das führt unter anderem zu Cholera-Ausbrüchen – einer vermeidbaren Krankheit, die sich durch einfache hygienische Maßnahmen eindämmen ließe.

Ich danke Frau Nagel und Frau Dovifat stellvertretend für Ärzte ohne Grenzen herzlich für das Gespräch und ihr unermüdliches Engagement. Es ist wichtiger denn je, auf die dramatische Lage im Sudan aufmerksam zu machen und die notleidende Bevölkerung zu unterstützen. •

## Die gute Nachricht der Woche Hoffnung auf Frieden und Freiheit.

In einer Zeit globaler Krisen und politischer Spannungen gab es in dieser Woche zwei wichtige Zeichen der Hoffnung.

Erstens: Die internationale Debatte über einen realistischen Friedensplan für den Nahen Osten hat neue Bewegung bekommen. Ein von den USA vorgelegter 20-Punkte-Plan zeigt einen konkreten Weg auf, wie Sicherheit für Israel, humanitäre Hilfe für Gaza und politische Perspektiven für Palästinenser zusammengedacht werden können. Es ist das erste Mal seit Langem, dass wieder mit Struktur und Verbindlichkeit über einen möglichen Neubeginn gesprochen wird.

Zweitens: Der diesjährige Friedensnobelpreis geht an die venezolanische Oppositionsführerin María Corina Machado, die sich seit Jahren mutig und friedlich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in ihrem Land einsetzt. Trotz massiver Repression durch das Maduro-Regime gibt sie der Hoffnung auf

Veränderung ein Gesicht – und der Freiheitsbewegung Lateinamerikas eine Stimme.

Beide Entwicklungen zeigen: Auch unter schwierigen Bedingungen gibt es Wege zu Verständigung, Wandel und Fortschritt. Sie erinnern daran, wie entscheidend der Einsatz für Frieden, Demokratie und internationale Kooperation bleibt – und wie sehr Menschen überall auf der Welt auf politische Lösungen hoffen. •